

Betreff:

Vorlage der Nutzen-Kosten-Untersuchung zur Citybahn und Initiierung eines Vertreterbegehrens

Antragstext:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FDP:

Der Magistrat wird gebeten, dem Ortsbeirat unverzüglich die Nutzen-Kosten-Untersuchung zur sog. „Citybahn“ vorzulegen.

Ferner wird die Stadtverordnetenversammlung gebeten zu beschließen, umgehend ein Vertreterbegehren nach § 8b Abs. 1 Satz 2 HGO zu diesem Thema zu initiieren.

Begründung:

In der Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung hatte der zuständige Dezernent erklärt, die Details zur Nutzen-Kosten-Untersuchung lägen noch „beim beauftragten Planungsbüro“ (siehe Wiesbadener Kurier von Weihnachten 2017 S. 14); der Magistrat werde aber sämtliche Zahlen aller Gutachten zur Verfügung stellen.

Der Ortsbeirat hat ein berechtigtes Interesse daran, Einblick in diese Unterlagen zu bekommen, sobald diese dem Magistrat vorliegen. Zwar ist Klarenthal von der bisherigen Streckenplanung nicht berührt; die Einführung eines neuen Verkehrssystems in der Stadt stellt jedoch sowohl aus verkehrlichen als auch aus finanziellen Gründen eine den Ortsbezirk betreffende wichtige Angelegenheit i. S. v. § 82 Abs. 3 HGO dar.

Angesichts der Bedeutung der Auswirkungen des Vorhabens für die Bürger dieser Stadt erscheint es darüber hinaus zwingend geboten, die Bürger entscheiden zu lassen, ob ihnen die neue Verkehrsinfrastruktur Schiene den damit verbundenen Kostenaufwand und die dadurch entstehenden Veränderungen Wert ist. Je länger man abwartet, eine Entscheidung der Bürger herbeizuführen, umso größer wird die Gefahr, dass Planungskosten für ein Projekt ausgegeben werden, was möglicherweise dann doch nicht umgesetzt werden soll.

Wiesbaden, 18.01.2018